

17. 10. 2021

Demografischer Wandel nicht angekommen

„Es muss sich rechnen. Die SPD verspricht eine stabile Rente, die FDP mehr kapitalgedeckte Vorsorge, die Grünen vor allem Flexibilität...“ vom 11. Oktober

In einer Welt der Lebensphasen von 30:30:30 Jahren kann man im mittleren Alter weder seine Kinder noch seine Alten standesgemäß ernähren, wenn man nur das Arbeitseinkommen heranzieht. Seit fast 90 Jahren gibt es deshalb Kindergeld, und dieser Einstieg in so etwas wie ein universelles bedingungsloses Grundeinkommen ist inzwischen unumstritten. Mit dem demografischen Wandel lässt sich dasselbe auch für die Alten fordern, wie es das auch bereits in einigen Ländern der Welt gibt. Und aus der Beamtenbesoldung lässt sich lernen, dass die „Beihilfe“ eine segensreiche Einrichtung ist: Wenn es um Kosten für Krankheit und Pflege geht, lässt sich eine universelle, bürgerrechtliche Absicherung aus den allgemeinen Steuermitteln nicht nur für Kinder, sondern auch für alle Alten rechtfertigen. Durch die Anrechnung auf die progressive Einkommenssteuer würde dem Solidaritätsprinzip der sozialen Marktwirtschaft auch nicht widersprochen. Ob das durch Geldleistungen oder durch die „kostenlose“ Behandlung aus anderen Kassen geleistet würde, wäre politisch zu entscheiden. Aus der Besoldung der Beamten und der sonstigen, über B hinaus ver-

sorgten Würdenträger, die aus staatlichen Kassen ihre Renten beziehen, wäre zu lernen, dass ihre Einbeziehung in die gesetzliche Rentenversicherung die öffentlichen Kassen substanziell entlasten würde, wenn die unter dem Stichwort „Beitragsbemessungsgrenze“ eingeführte Höchstgrenze für Renten auch für Pensionen und sonst wie bezeichnete Versorgungsansprüche gelten würde. Als ich kürzlich in der Zeitung las, dass das Einkommen eines Grundeinkommensempfängers pro Monat um drei Euro steigen würde, habe ich in meinen Unterlagen nachgeschaut, wie sich meine Pension als ehemaliger/emeritierter Professor an einer staatlichen Universität wohl entwickelt hätte, und stieß dabei in den letzten beiden Jahren auf eine Steigerung von ca. 100 Euro pro Monat. Ich habe mich geschämt. Der demografische Wandel ist hier noch nicht angekommen.

Danke, liebes Land Berlin! Und auch, liebe Politiker und liebe Journalisten: Achtet auf die Größenordnungen und die fundamentalen Herausforderungen, die die Renten- und Pensionssysteme (inklusive die Versorgungssysteme und die Pensionsrückstellungen der Unternehmen) an uns alle stellen.

— Manfred Nitsch, Prof. em. Dr. oec. publ.
an der FU Berlin, Berlin-Wannsee